

**Titel** Unsere Hochschule der Zukunft – Leitantrag der Juso-Hochschulgruppen BW

**AntragstellerInnen** Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

geändert angenommen

abgelehnt

---

## Unsere Hochschule der Zukunft – Leitantrag der Juso-Hochschulgruppen BW

1 Die Hochschulpolitik ist seit Grün-Schwarz an der Landesregierung ist, zum Erliegen  
2 gekommen. Innovationen und längerfristige Visionen lassen auf sich warten, stattdes-  
3 sen wird Gesetz um Gesetz beschlossen, welche Errungenschaften der SPD in Baden-  
4 Württemberg zurückdrehen. Wir Jusos wollen mit diesem Antrag unsere Forderungen  
5 für eine bessere Hochschulpolitik formulieren. Wir wollen eine möglichst umfassende  
6 Vision formulieren, um nicht nur die Lehre im Studium, sondern auch die Rahmenbe-  
7 dingungen eines Studiums besser und demokratischer zugestalten.

### 8 **Europäische Hochschulen**

9 Emmanuel Macron forderte die Einrichtung europäischer Hochschulen, die ein Netz-  
10 werk von Universitäten aus mehreren Ländern Europas bilden und die einen Studienver-  
11 lauf schaffen, in dem jede\*r Studierende im Ausland studiert und Seminare in mindes-  
12 tens zwei Sprachen belegt. Es soll bis 2024 mindestens 20 dieser Hochschulen errichtet  
13 werden. Europäische Hochschulen soll Studierenden die Möglichkeit geben durch eine  
14 Kombination von Studien in mehreren EU-Ländern einen Studienabschluss zu erwer-  
15 ben. Europäische Hochschulen können dazu beitragen eine neue Generation von Euro-  
16 päer\*innen zusammenzubringen, die gemeinsame Werte und eine europäische Iden-  
17 tität fördern, was zu einem geeinten und starken Europa führt. Wir setzen uns für die  
18 Errichtung solcher Europäischen Hochschulen ein.

19 Für ein erfolgreiches Projekt fordern wir:

- 20 • Europäische Hochschulen dürfen nicht eine neue Art der Exzellenzinitiative wer-  
21 den. Auch Hochschulen und kleinere Universitäten müssen miteinbezogen wer-  
22 den und die Möglichkeit haben eine Europäische Hochschule zu sein.

- 23 • Es muss ein Europäischer Studierendenausweis für alle Studierenden in der EU  
24 eingeführt werden. Ein solcher sorgt für einen problemlosen Übergang zwischen  
25 verschiedenen Hochschulen und eine Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben.  
26 Wichtig ist hierbei auch, dass die im Ausland erworbenen ECTS Punkte automa-  
27 tisch anerkannt werden. Zudem erhält man direkten Zugriff auf den Service der  
28 Gasthochschule, bspw. die Unibibliothek, der ÖPNV und Wohnheimplätze. Da-  
29 durch kann gerade der Start an einer fremden Hochschule erleichtert werden.  
30 Außerdem können dadurch kulturelle Aktivitäten in der gesamten EU vergüns-  
31 tigt wahrgenommen werden.

32 Letztlich sollen europäische Hochschulen den Studierenden so viel Flexibilität wie mög-  
33 lich bieten. Das Programm soll so auf den\*die einzelne Student\*in abgestimmt werden,  
34 dass jede\*r selbst entscheiden kann, wann und wie er ins Ausland geht oder auch in  
35 Deutschland bleibt. Für eine Vereinfachung der Einführung der europäischen Hochschu-  
36 len und gemeinsamer Standards ist über die Einführung eines europäischen Hochschul-  
37 gesetzes nachzudenken. Auch bei europäischen Hochschulen ist eine gute Vertretung  
38 der Studierenden essenziell, weswegen es verfasste Studierendenschaften auf lokaler  
39 und europäischer Ebene geben soll.

#### 40 **Erasmus**

41 Das aktuelle Erasmus+ Programm läuft 2020 aus, sodass momentan Planungen für das  
42 Erasmusprogramm ab 2021 stattfinden. Erasmus+ ist ein großer Erfolg und sollte dies  
43 durch weitere Verbesserungen auch bleiben. Wir begrüßen die angestrebte Verdopp-  
44 lung des Budgets. Dadurch können mehr Erasmus Aufenthalte ermöglicht werden.

45 Für eine weitere Stärkung von Erasmus fordern wir:

- 46 • Eine Erhöhung des Maximalsatzes. Außerdem muss der Erasmusfond für Schü-  
47 ler\*innen und Auszubildende erweitert werden. Zudem muss es bundesweit glei-  
48 che Standards bei der Finanzierung geben, sodass die Förderung für einen Auf-  
49 enthalt in einem bestimmten Land an jeder Hochschule gleich ist.
- 50 • Drittstaaten sollen die Möglichkeit bekommen am Programm teilzunehmen, je-  
51 doch ohne Entscheidungsmöglichkeiten zu erhal
- 52 • Es soll eine verstärkte Alumniarbeit geben. Dadurch entsteht eine beständige  
53 Identifikation der Alumni mit dem Erasmus Programm und mit der europäischen  
54 Idee.
- 55 • Speziell konzipierte Kurzaufenthalte wie Sommerschulen und Exkursionen er-  
56 möglichen auch Menschen, die nicht für längere Zeit ins Ausland können, einen  
57 Auslandsaufenthalt.
- 58 • Kleinere Hochschulen sollen entlastet werden und es soll eine Strategie zur Inter-  
59 nationalisierung von Fachhochschulen erstellt werden.

- 60 • Wir fordern eine Ausweitung des Kontingents für Sprachkurse in jeder Erasmus-  
61 Sprache, um sich gut auf die Auslandsaufenthalte vorbereiten zu können.
- 62 • Große Bedenken bestehen häufig darin, dass im Ausland belegte Kurse nicht an-  
63 gerechnet werden. Hier muss es eine größere Flexibilität geben, dass einerseits  
64 auch Kurse angerechnet werden können, die es so an der Heimathochschule  
65 nicht gibt, sowie dass der\*die Studierende schon im Voraus weiß, was er\*sie sich  
66 anrechnen lassen kann.
- 67 • Es muss eine Garantie für einen Wohnheimplatz geben.
- 68 • Schüler\*innen und Auszubildende müssen mehr auf ihre Möglichkeiten, an ei-  
69 nem Erasmus Austausch teilzunehmen, aufmerksam gemacht werden.

## 70 **Studiengebühren**

71 Wir treten entschieden gegen die 2017 eingeführten Studiengebühren für Nicht-EU-  
72 Ausländer\*innen und für ein Zweitstudium. Es darf nicht dazu kommen, dass wieder  
73 allgemeine Studiengebühren eingeführt werden. Wir fordern die Abschaffung jeglicher  
74 Studiengebühren *und Verwaltungsgebühren!*

## 75 **Mobilität**

76 Ein Hochschulstandort kann nur nachhaltig gestaltet sein, wenn er auf aufeinander ab-  
77 gestimmte und Nachhaltige Verkehrskonzepte setzt. Dies ist jedoch noch lange nicht in  
78 allen Städten mit einer Hochschule der Fall. Viel zu oft wird noch auf einseitige Konzepte  
79 mit Bus und Individualverkehr gesetzt. Wir begrüßen die Entwicklung, dass nun auch ver-  
80 mehrt auf Leihräder eingesetzt werden, diese sind jedoch häufig noch in privaten Hand,  
81 was oft zu langwierigen Verhandlungen zwischen Stadt, Universität und Studierenden  
82 führt. Wir fordern daher, dass in Zukunft Verkehrskonzepte aus einer Hand geben wird.  
83 Wenn Beispielsweise die Stadtwerke ein gemeinsames Modell ausarbeiten, können Kno-  
84 tenpunkte geschaffen werden sowie Umsteigezeiten und Orte optimiert werden.

85 Für uns ist ebenfalls klar, dass die Verkehrswende nur gelingen kann, wenn wir Mobi-  
86 lität auch bezahlbar machen, Dazu gehört auch ein bezahlbares Landesweites Semes-  
87 terticket. Aus unserer Sicht ist hier vor allem die Landesregierung in der Pflicht. Um ein  
88 attraktives Modell zu schaffen bedarf es zweierlei: Zum einen, einen deutlich höheren  
89 Zuschuss zum Landesweiten Semesterticket. So fördert man nachhaltige Mobilität und  
90 erzielt einen Erziehungseffekt. Zum andern Bedarf es auch einer deutlich besseren In-  
91 frastruktur. Wir bekräftigen erneut unsere Forderung nach einem schnelleren Ausbau  
92 des Schienennetzes. Der günstigste ÖPNV ist nichts wert, wenn er keine Qualität bietet.

## 93 **Freiräume**

94 Studium ist mehr als lernen. Es ist auch Gesellschaftsbildung. Für diese Bildung braucht  
95 es aber auch den nötigen Raum. In den letzten Jahren sind diese Räume immer weiter

96 zurückgegangen. Hohe Mieten, Gentrifizierung und mangelnde Finanzierung der Hoch-  
97 schulen führen dazu, dass für Studierende immer weniger Platz zur Verfügung steht, um  
98 sich gesellschaftlich zu engagieren und sich mit anderen Studierenden auszutauschen.  
99 Wir fordern daher, bei Neubauten von Universitären Gebäuden grundsätzlich Rückzugs-  
100 möglichkeiten für Studierende in ausreichendem Maß zu berücksichtigen. Diese Räu-  
101 me müssen für Studierende jederzeit und ohne große bürokratische Hürden zugänglich  
102 sein. Eine Einmischung der Universität oder Hochschule in die Nutzung dieser Räume  
103 soll nur dann möglich sein, wenn Bedenken bezüglich der Sicherheit bestehen. Politi-  
104 sche Veranstaltungen sollen in diesen Räumen genauso unbeschränkt möglich sein, wie  
105 Tanz und Abendveranstaltungen. Die Organisation, Durchführung und Beaufsichtigung  
106 dieser Veranstaltungen sollen in der Hand der Studierenden liegen. Ihnen soll auch die  
107 Entscheidung, welche Veranstaltungen durchgeführt werden und welche nicht obliegen.  
108 Eine eigenständige Studierendenschaft ist ein Vorteil für uns alle. Wir wollen diese daher  
109 fördern.

110 Wir stellen uns daher auch klar gegen eine Entpolitisierung der Hochschulen. Verbo-  
111 ten, beispielsweise von Plakatierungen oder dem Verteilen von Infomaterialien, die die  
112 Hochschule zu einem unpolitischen Raum machen wollen, stellen wir uns klar entgegen.  
113 Eine starke Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen daher  
114 auch an den Hochschulen gefördert werden. Es darf keine Denkverbote an Hochschulen  
115 geben!

## 116 **Finanzierung**

117 Die Verhandlungen rund um das Nachfolgeprogramm für den Hochschulpakt 2020 sind  
118 bereits im vollen Gange. Die Art und Weise, wie sich Hochschulen finanzieren, ist für uns  
119 ein unheimlich wichtiges Instrument, um die richtigen Anreize zu setzen.

120 Für eine breitenorientierte Finanzierung, die für mehr Gerechtigkeit im Studium sorgt,  
121 fordern wir:

- 122 • Hochschulen sollen nicht mehr nur ausschließlich Mittel für Studierende erhalten,  
123 die ihr Studium beginnen, sondern nachfolgendem Schlüssel: 50% der Mittel bei  
124 Studienbeginn und 50% beim erfolgreichen Absolvieren des Studiums. So sollen  
125 Tendenzen zum „Rausprüfen“ entgegengewirkt werden. Gleichzeitig lehnen wir  
126 eine Kopplung der Mittel an das Einhalten der Regelstudienzeit ab.
- 127 • Die Mittel, welche an die Hochschulen vergeben werden, sollen sich am Durch-  
128 schnitt der Zahlen der vergangenen fünf Jahren orientieren, um Schwankungen  
129 vorzubeugen.
- 130 • Die Mittel, welche an die Hochschulen vergeben werden, sollen sich nicht, wie bis-  
131 her, an einem festen Durchschnittswert für alle Studiengänge orientieren, son-  
132 dern je nach Studiengang unterschiedlich hoch sein. Ein Medizin-Studienplatz  
133 kosten die Hochschule mehr als ein BWL-Studienplatz.

- 134 • Wir fordern eine solide Grundfinanzierung für alle Hochschulen. Erst, wenn diese  
135 gegeben ist, halten wir eine Spitzenförderung für sinnvoll.
- 136 • Das Sponsoring von Hörsälen und prinzipiell jede übermäßig starke finanzielle  
137 Einflussnahme aus der Privatwirtschaft an Hochschulen sehen wir kritisch. Wir  
138 halten zielorientierte Kooperationen beispielsweise für Zwecke der Forschung für  
139 sinnvoller. *Ausgenommen hiervon sind Rüstungsunternehmen.*
- 140 • Hochschulpolitik ist in unseren Augen Ländersache. Das muss auch für die Finan-  
141 zierung gelten. Wir lehnen „Erfolgsquoten“ (beispielsweise für einen bestimmten  
142 Prozentsatz aller Studierenden, die ihr Studium in Regelstudienzeit beenden) von  
143 Seiten des Bundes gegenüber den Ländern ab.

#### 144 **Demokratische Mitbestimmung**

145 Studierende sind die größte Statusgruppe an Hochschulen. Dementsprechend fordern  
146 wir auch eine reale Möglichkeit zur Mitbestimmung an unseren Hochschulen ein. Privat-  
147 wirtschaftlichen Einflüssen in die Hochschuldemokratie stehen wir kritisch gegenüber.

148 Deshalb fordern wir:

- 149 • Einen höheren Einfluss der Studierenden in den Hochschulgremien. Die Profes-  
150 sor/innen-Mehrheit aus Gründen der Wissenschaftsfreiheit sehen wir kritisch.
- 151 • Der Hochschulrat, in dem vor allem externe Personen aus Unternehmen sitzen,  
152 soll in seiner Macht beschränkt werden. Vor allem seine Kompetenzen über das  
153 Budget der Hochschule gehören in unseren Augen in die Hände des Senats.
- 154 • Eine Prorektoratsstelle für Studierendenangelegenheiten soll im Landeshoch-  
155 schulgesetz verankert werden. Die/Der Prorektor/in soll die Interessen der Stu-  
156 dierendenschaft im Rektorat vertreten und für eine verbesserte Kommunikation  
157 zwischen Hochschulverwaltung und Studierendenschaft sorgen.
- 158 • Im Rahmen einer konstituierten LandesASTenkonferenz setzen wir uns für einen  
159 Unterstützungsfonds für kleine, dezentrale Studierendenschaften ein. Gerade bei  
160 mehreren Standorten leiden Hochschulen oftmals unter großen Mehrkosten, die  
161 sie aufgrund der geringen Studierendenzahlen nicht aufbringen können.
- 162 • *Wir fordern eine Infragestellung des Lehrstuhlprinzips und erste Versuche mit dem*  
163 *Department-Prinzip.*

#### 164 **Digitalisierung**

165 Die Digitalisierung ist auch schon an unseren Hochschulen angekommen. Trotzdem  
166 sind einige Selbstverständlichkeiten leider immer noch nicht flächendeckend Standard.  
167 Baden-Württemberg muss langfristig Vorreiter in Sachen Digitalisierung werden.

168 Deshalb fordern wir:

- 169 • Mindeststandards in der Digitalisierung (bspw. funktionierendes W-Lan) müssen  
170 durch die Grundfinanzierung vollumfänglich abgedeckt werden.
- 171 • Wir fordern für jede Hochschulart einen Topf mit Fördermitteln für Projekte im  
172 Rahmen der Digitalisierung der Lehre. Hochschulen, Dozierende und Studieren-  
173 de sollen sich auf Mittel aus diesem Topf bewerben dürfen.
- 174 • In der Fläche Baden-Württembergs gibt es viele Innovationen, was die Lehre an-  
175 geht. Wir fordern eine durch das MWK initiierte Konferenz, auf der digitale Inno-  
176 vationen in der Lehre bekannt gemacht und Dozierende ihr Wissen austauschen  
177 können.
- 178 • Online-Vorlesungen müssen endlich zum Standard werden. Das Land Baden-  
179 Württemberg soll hierzu eine geeignete Online-Plattform, sowie die Infrastruktur  
180 in den Hochschulen bereitstellen. Langfristig fordern wir einen Anspruch auf die  
181 Verfügbarkeit einer Online-Vorlesung.

## 182 **BAföG**

183 Studier' doch wie du willst! Damit das aber auch möglich ist, muss jede\*r Studierende  
184 genug Geld haben, um sich überhaupt ein Studium und die Lebenserhaltungskosten  
185 leisten zu können. Mit dem BAföG, wie es momentan ausgestaltet ist, ist genau das aber  
186 nicht möglich. Außerdem ist die Zahl der BAföG-Empfänger\*innen seit 2013 um 180.000  
187 gesunken. Dieser Entwicklung muss entgegengewirkt werden.

188 Die Reformvorschläge von CDU-Bildungsministerin Karliczek sind uns nicht genug. Wir  
189 fordern eine weitreichendere Reform und einen wirklichen Umbruch, wie er auch im  
190 Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU vereinbart wurde.

191 Um finanzielle Engpässe besonders am Anfang des Studiums zu vermeiden, muss die  
192 Bearbeitung des BAföG-Antrags maximal im ersten Monat des Studiums beendet sein.

193 Dafür fordern wir eine Entkopplung des BAföG von der Regelstudienzeit. Die Regelstu-  
194 dienzeiten, vor allem in Bachelorstudiengängen, sind oft nicht einzuhalten und werden  
195 von einem großen Teil der Studierenden überschritten. Engagement, sei es innerhalb  
196 oder außerhalb der Hochschule. Wird durch den finanziellen Druck zusätzlich erschwert.  
197 BAföG-Empfänger\*innen sollten nicht vor dem kompletten Abbruch des Studiums ste-  
198 hen müssen, weil sie ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit beenden konnten.

199 Wir fordern, dass der Wohnzuschlag erhöht wird und an den Mietspiegel der jewei-  
200 ligen Stadt angepasst wird. Es gibt große Unterschiede zwischen den Mietpreisen in  
201 großen Universitätsstädten und in ländlicheren Regionen. Diese Unterschiede müssen  
202 beim Wohnzuschlag beachtet werden. Jeder sollte dort studieren können, wo er oder  
203 sie möchte und sollte deswegen auch einen angepassten Wohnzuschlag bekommen.  
204 Die aktuellen 250 € sind, unabhängig vom Wohnort, zu wenig, daher muss der Wohn-  
205 zuschlag der Realität angepasst werden.

206 Um die Diskussion über ein elternunabhängiges BAföG auf einer faktenbasierten Grund-  
207 lage zu führen, fordern wir die Bundesregierung auf, ein Gutachten über die Finanzie-  
208 rung eines elternunabhängigen BAföGs in Auftrag zu geben.

209 Bei den aktuellen BAföG-Berechnungen wird nur das Einkommen der Eltern einbezogen,  
210 nicht jedoch die realen Vermögensverhältnisse. Durch Schulden, die abbezahlt werden  
211 müssen, sind Eltern oftmals nicht in der Lage, das Studium ihrer Kinder so zu finanzia-  
212 ren, wie es nötig wäre. Deshalb müssen bei den Berechnungen des BAföG die realen  
213 Vermögensverhältnisse inklusive Schulden herangezogen werden, um sicherzustellen,  
214 dass die Studierenden ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

215 Die Altersgrenze von momentan 25 Jahren sollte abgeschafft werden. Auch jemand, der  
216 oder die schon über 25 Jahre alt ist, sollte die Möglichkeit bekommen zu studieren und  
217 finanzielle Unterstützung erhalten. Auch nach einem oder mehrere Studiengangswech-  
218 seln, sollen Studierende die Möglichkeit bekommen, grundsätzlich BAföG, ohne finanzia-  
219 elle Nachteile zu befürchten, zu beziehen.

220 Damit der BAföG-Satz immer an die aktuellen Verhältnisse angepasst ist, sollte ei-  
221 ne BAföG-Kommission, ähnlich der Mindestlohnkommission, eingesetzt werden. Diese  
222 Kommission sollte sich damit befassen, den BAföG-Satz an die aktuelle Lage anzupas-  
223 sen. Dadurch soll verhindert werden, dass der BAföG-Satz veraltet.